

Die Gesundheit der anderen

Lehren aus der Pandemie – Forderungen eines Kinderethikers an den Staat

Auf die Frage, was die Corona-Jahre im Wesentlichen gewesen sind, gibt es, je nachdem, wen man fragt, höchst unterschiedliche Antworten: eine medizinische Katastrophe, eine Weltverschwörung, eine wirtschaftliche Krise, eine Zeit nachhaltiger gesellschaftlicher Verwerfungen. Würde man Christoph Schickhardt fragen, würde er womöglich antworten: eine große Versuchung. Solch eine Antwort zumindest legt sein Buch „Nicht systemrelevant“, das die Pandemie aus kinderethischer Perspektive nacherzählen und aufarbeiten will, nahe. Die Versuchten, das sind aus Schickhardts Sicht die politisch Verantwortlichen im Allgemeinen und die seinerzeit regierende Große Koalition im Besonderen. Die Versuchung bestand darin, das Leiden an der Pandemie auszulagern auf eine Gruppe, die ihren Unmut darüber nicht an der Wahlurne ausdrücken kann: Kinder und Jugendliche.

Gemeint ist kein allgemeines Unwohlsein durch ausbleibende soziale Kontakte, sondern ein konkretes, messbares, medizinisches Leiden, das Schulschließungen und Lockdown-Maßnahmen bedeuteten. Schickhardt schreibt gegen eine Leitidee der deutschen Corona-Politik an: Es habe sich bei der Entscheidung für oder gegen Schutzmaßnahmen nicht bloß um eine Abwägung zwischen Gesundheit und Freiheit, sondern auch um eine Abwägung der Gesundheit einiger gegen die Gesundheit anderer gehandelt. Die einen, das sind die Erwachsenen, insbesondere die älteren Risikogruppen, das Klientel der Volksparteien, der Wählerblock, der ihnen nicht wegbrechen darf. Die anderen, das sind die Kinder und Jugendlichen, für die das Coronavirus im Prinzip keine Lebensgefahr darstellte.

Ein Argument ist die Kindeswohlgefährdung, die in der Pandemie zwischenzeitlich deutlich zugenommen hat. „Minderjährige waren auf ihre Kernfamilie angewiesen, im Fall von Alleinerziehenden

den bestand diese aus einer anderen Person – ein Horrorszenario für jeden Risikomanager“, schreibt der Autor. Gleich doppelt habe der erste Lockdown im Frühjahr 2020 gefährdete Kinder und Jugendliche getroffen: durch das Einschließen der Kinder in ihren Familien und das Herunterfahren der Kinderschutzarbeit der zuständigen Stellen. Aus einem dringlichen Appell von 130 Hochschullehrern, die auf diese und weitere Aspekte des Kinderschutzes schon im März 2020 hinwiesen, folgte politisch nichts. Die festgestellten Kindeswohlgefährdungen stiegen im weiteren Lauf des Jahres auf einen Höchststand seit Einführung der Statistik 2012: 60.600. Die Dunkelziffer, wie im Fall des Virus womöglich ein Vielfaches, kennt niemand. In der Pandemie habe sich nur besonders fatal ausgedrückt, was in Deutschland ohnehin gelte: Schickhardt beschreibt eine „lange Tradition von Vernachlässigung, Gewalt und Missbrauch gegen Kindern und Jugendlichen in der Familie und eine ebenfalls lange Tradition eines nur sehr zögerlichen Hinschauens“.

Er wittert eine Art unheilige Allianz zwischen einem Staat, der – aus Bequemlichkeit? – dazu neigt, „Familienangelegenheiten“ aus dem eigenen Zuständigkeitsbereich auszulagern. Obwohl er mit Blick auf geltendes internationales Recht dazu verpflichtet ist, Schutzrechte für Kinder zu gewährleisten. Der Schwerpunkt liege auf dem elterlichen Abwehrrecht gegen den Staat. „Eine Ursache für die falsche Prioritätensetzung im Dreieck Kinder-Eltern-Staat liegt in der juristischen und rechtspolitischen Tradition, in der Eltern im Mittelpunkt stehen und die Rechte ihrer Kinder als Individuen kaum zur Geltung kommen.“

Doch auch die Mehrheit der Kinder, die ein liebevolles Verhältnis zu ihren Eltern haben, habe unter der Pandemie gelitten. Er ruft Stimmen in Erinnerung, die früh auf einen Anstieg von Schlaflo-

sigkeit und depressiven Verstimmungen bei Kindern und Jugendlichen hingewiesen haben – und weitgehend ungehört blieben. Hinzu kam eine statistisch ausgewiesene verdoppelte Mediensucht.

Die Kosten des Kinderleidens trage letztlich die Allgemeinheit. „Auf Dauer ist nichts teurer als schlechte oder keine Bildung“, schreibt er. Und verweist auf Studien und Statistiken: Wenige verpasste Schulmonate würden Betroffene im späteren Erwerbsleben durchschnittlich drei bis vier Prozent Gehalt kosten. Dass Deutschland im internationalen Vergleich an besonders vielen Tagen die Schulen geschlossen hielt und zu Beginn der Pandemie nur zwei Milliarden Euro in Sonderprogramme für Bildung investierte, während das ungleich kleinere Nachbarland Niederlande mehr als acht Milliarden Euro in das Stopfen von Bildungslücken investierte. Für den Autor sind diese Verwerfungen Ausdruck einer strukturellen und gefährlichen Beliebigkeit in der deutschen Bildungspolitik.

Schickhardt gelingt es, einen blinden Fleck zu markieren. „Über kritische Fragen wurde der schwere Mantel des heimeligen Zusammenhalts der Gesellschaft gelegt“, so sein Fazit. Die Kurzsichtigkeit in der Bildungspolitik ist mit Blick auf die zahlreichen Statistiken und Beobachtungen, die der Philosoph gründlich zusammenstellt, augenfällig: Die Versuchung war groß. Schickhardt erliegt als Autor an einigen Stellen jedoch selbst einer Versuchung, der Pauschalisierung. Wutpassagen mit allzu simplen Schuldzuweisungen fallen aus dem sonst gründlichen Schema seiner Argumentation. So attestiert er den regierenden Politikern im Allgemeinen eine Mischung aus „fehlendem Problem- und Verantwortungsbewusstsein, Gleichgültigkeit, Passivität und selbstgefälligem Schweigen“. An anderer Stelle schreibt er zudem von einer gesamtgesellschaftlichen Gleichgültigkeit gegenüber Kindern und Jugendlichen.

Auch einige Vorschläge für eine moderne Jugendpolitik erscheinen schräg, etwa wenn er Studenten, die er als generell privilegiert beschreibt, dazu verpflichtet will, bei der Schulbildung mitzuhelfen. Oder wenn er Tiktok zur Begrenzung der Gesamtnutzungsdauer nach Alter und zu Aufklärungskampagnen verpflichten will – ehrenwerte Ideen, die aber jenseits des Handlungsspielraums der Bundespolitik liegen und womöglich sogar für europäische Institutionen kaum umsetzbar sind.

Anders verhält es sich mit einigen bildungspolitischen Forderungen: eine Reform der Sommerferien, sodass der Kontakt zur Schule nicht ganz entfällt und Schüler aus ökonomisch schwachen Milieus nicht – wie aktuell – massive Lernrückstände verzeichnen. Auch das Ziel der Mindestbildung als höchstes bildungspolitisches Gut, dem alles andere unterzuordnen ist, erscheint plausibel. Wohlbefinden als Schulziel und Grundvoraussetzung für ein glückliches Leben im Jugendalter stellt der Autor richtigerweise als unterbeleuchtet dar. Der Beginn seines Formulierungsvorschlags für einen neuen Artikel im Grundgesetz: „Eltern, Staat und Gesellschaft sind der Achtung, dem Schutz und der Förderung des Kindeswohls verpflichtet. Dieses ist bei staatlichen Maßnahmen ein vorrangig zu berücksichtigender Gesichtspunkt.“ Er fordert Leistungspflichten des Staates gegenüber Minderjährigen. Ob sich erwachsene Politiker darauf einigen werden?

PAUL GROSS



Christoph Schickhardt:
Nicht systemrelevant. Eine Aufarbeitung der Corona-Politik aus kinderethischer Sicht.
Suhrkamp Verlag,
Berlin 2024.
175 S., 18,- €.